

Nein zum Angriff auf die soziale Mitbestimmung!

Ob bei Zahnersatz, Arzneimitteln oder Beitragshöhe: In den gesetzlichen Krankenkassen entscheiden die Beitragszahler, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, mit. Gesundheitsminister Jens Spahn will diese Mitbestimmung, soziale Selbstverwaltung genannt, nun demontieren. Der Vorstand der IG Metall lehnt diesen Vorstoß als verfehlt und gefährlich ab.

Die soziale Mitbestimmung ist ein Grundpfeiler unserer Sozialversicherungen: Die Betroffenen und Beitragszahler, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, entscheiden selbst darüber, wie gesetzliche Vorgaben umgesetzt werden. Der Koalitionsvertrag sieht vor, die soziale Selbstverwaltung zu stärken. Das Gegenteil ist jetzt geplant: Ende März 2019 hat das Bundesgesundheitsministerium (BMG) den Entwurf für ein sog. „Faire Kassenwahl-Gesetz“ vorgelegt. Der Entwurf enthält zum einen eine Reform des Finanzausgleichs unter den gesetzlichen Kassen, des sogenannten morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (siehe hierzu Gutachten der IG Metall). Zum anderen beinhaltet er tiefe Einschnitte in das Organisationsrecht gesetzlicher Krankenkassen.

Unter anderem sieht der Entwurf vor, den Verwaltungsrat des Dachverbands der Krankenkassen (GKV-Spitzenverband) völlig neu zu besetzen. Die Arbeitgeber- und Versichertenvertreter sollen durch hauptamtliche Vorstände der Krankenkassen verdrängt werden. Zwar ist zunächst nur der Dachverband betroffen, doch so wie ein Gebäude von oben nach unten abgetragen wird, ist dieser Vorstoß des Ministers als Generalangriff auf die Selbstverwaltung zu werten.



Die Selbstverwalterinnen und Selbstverwalter der IG Metall sind alarmiert und fürchten einen generellen Umbau der gesetzlichen Krankenversicherung in Richtung Privatisierung. In ihrer „Sprockhöveler Erklärung“ fordern sie die Bundestagsabgeord-

neten auf, dem Vorhaben entgegenzutreten und einen Systemwechsel nicht zuzulassen. In seiner Sitzung am 3. Juni 2019 hat sich auch der Vorstand der IG Metall gegen die geplante Demontage der sozialen Selbstverwaltung positioniert.



Zur Debatte um die Reform des Risikostrukturausgleichs

Eine Expertise des WIG2-Instituts im Auftrag der IG Metall, Mai 2019

www.sopo-info.de

DOKUMENTATION

Soziale Mitbestimmung in der GKV erhalten!

Positionspapier des IG Metall Vorstands zur geplanten Demontage der sozialen Selbstverwaltung vom 3.6.2019

Im Frühjahr 2019 hat das Bundesgesundheitsministerium zwei Gesetzesentwürfe vorgelegt, die die soziale Selbstverwaltung beim Spitzenverband Bund der Krankenkassen und bei den medizinischen Diensten der Kassen abschaffen. Würden die geplanten Regelungen umgesetzt, wären die Beitragszahler, Arbeitnehmer und Arbeitgeber, im Verwaltungsrat des Spitzenverbands der Krankenkassen nicht mehr vertreten; in den medizinischen Diensten hätten sie kaum noch Einfluss.

Die aktuellen Vorstöße des Bundesgesundheitsministers sind ein massiver Angriff auf die soziale Mitbestimmung.

Die IG Metall hat die schleichende Schwächung der sozialen Selbstverwaltung in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) stets kritisiert. Die aktuellen Vorstöße des Bundesgesundheitsministers Jens Spahn (CDU) sind als massiver Angriff auf die soziale Mitbestimmung zu werten. Sie stehen im Widerspruch zum Koalitionsvertrag, der die Stärkung der sozialen Selbstverwaltung als Politikziel vorgibt. Die IG Metall lehnt die Demontage der sozialen Selbstverwaltung vehement ab, und zwar aus ordnungs- und versorgungspolitischen Gründen:

Die Gesetzesvorhaben sind *ordnungspolitisch* verfehlt.

Parität sowie betriebliche und soziale Mitbestimmung sind Gründungspfeiler im hiesigen Modell des Sozialstaates. Sie stehen auch dafür, die Interessen von Kapital und Arbeit auszubalancieren und beiden eine gesellschaftliche Mitgestaltung auf Augenhöhe zu ermöglichen („soziale Friedensformel“). Die Verdrängung der sozialen Selbstverwaltung aus den Spitzengremien steht hierzu im Widerspruch.

Die Gesetzesvorhaben sind *versorgungspolitisch* gefährlich. Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter agieren in den Entscheidungsgremien aus lebensnaher versorgungspolitischer und zugleich beitragsorientierter Perspektive, sie richten den Blick auf das Gesamtsystem. Würden sie durch Kassenvorstände verdrängt, könnten eher Wettbewerbsinteressen der Einzelkassen im Vordergrund stehen, weniger die sozial- und versorgungspolitische Bedarfslage.

Der Vorstand der IG Metall fordert daher von der Bundesregierung:

- Die Regelungen zur Abschaffung der sozialen Mitbestimmung sind aus den Gesetzesentwürfen („Faire Kassenwahl-Gesetz“, „MDK-Reformgesetz“) zu streichen.
- Die soziale Mitbestimmung ist auszubauen, die Rechte der sozialen Selbstverwaltung müssen gestärkt werden, wie im Koalitionsvertrag vorgesehen.



Die soziale Mitbestimmung ist eine historische Errungenschaft. Wer sie angreift, stellt unser Sozialstaatsmodell in Frage. Das lassen wir nicht zu!

HANS-JÜRGEN URBAN
geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
der IG Metall

- Versorgungsqualität und Versicherungsnähe müssen handlungsleitende Zielgrößen der Krankenkassen sein, nicht Wettbewerb um gute Risiken und niedrige Zusatzbeiträge.
- Eine gute Gesundheitsversorgung für alle muss solidarisch finanziert werden. Gewinninteressen von Leistungsanbietern oder Investoren müssen wirksam begrenzt werden.

Unser Ziel ist und bleibt eine qualitätsgesicherte, effiziente und solidarisch finanzierte Gesundheitsversorgung für alle!

Impressum

Herausgeber
IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik
60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich
Hans-Jürgen Urban

Redaktion
Christoph Ehlscheid, Angelika Beier, Katharina Grabietz, Stefanie Janczyk, Sebastian Bödeker

Gestaltung
Warenform

www.sopo-info.de
Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

sopoinfo@igmetall.de

Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.